

Das Warten auf den grossen Coup

Aussenminister Ignazio Cassis verlor in dieser Woche seine Staatssekretärin – aber er bleibt zuversichtlich

SAMUEL TANNER

Aussenminister leben in einer Welt der grossen Wörter, bevölkert von «Exzellenzen» und anderen Würdenträgern, in der immer neue «Brücken» gebaut werden wollen, und immer auf ein neues «window of opportunity» gehofft wird. Das ist auch die Welt von Ignazio Cassis, dem Aussenminister der Schweiz.

An diesem Donnerstagabend ist er in einen Hörsaal an der Europaallee in Zürich gekommen, um zu berichten. «Back to Zurich», leitet er ein, «back home». Er klingt wie ein Weltgesandter, vor kurzem war er noch in New York. Sein Vortrag wird an der Wand gross angekündigt, er trägt den Titel «Quo vadis, Demokratie?», bedeutungsvoller geht es gar nicht mehr. Cassis sieht darunter recht klein aus, aber er zieht die grossen Linien: Die Sicherheitsarchitektur sei zusammengebrochen, der Traum vom ewigen Frieden beendet, die Globalisierung laufe rückwärts. Die Weltwirtschaft sei fragil, die Demokratie stehe unter Druck. Aber die Freiheit bleibe die stärkste Kraft. Er zitiert Zygmunt Baumann, Winston Churchill und Antoine de Saint-Exupéry. Auf dieser Flughöhe scheint immer die Sonne.

Aber nach einem warmen Applaus holt die Nationalrätin Regine Sauter, die den Abend moderiert, den Aussenminister auf den Boden zurück. Sie spricht ihn auf die Ereignisse des vergangenen Mittwochs an, als bekanntgeworden war, dass Ignazio Cassis seine Staatssekretärin verliert, die für die Verhandlungen mit der Europäischen Union zuständig ist. Seither gibt es Spekulationen: Wie ist es dazu gekommen? Am Tag seines Auftritts in Zürich stand in der NZZ, der Aussenminister wirke überfordert.

Der Abend ist eine Miniatur der Amtszeit von Bundesrat Ignazio Cassis: Er wäre eigentlich bereit für den ausseralltäglichen Coup, für die Befreiung, aber manchmal ist diese nicht in Sicht oder eine Illusion, und scheint sie doch einmal greifbar, wird er gefangen genommen von den Zumutungen des Alltags.

«Never-ending story»

Seit fünfzehn Jahren arbeitet Cassis daran, die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union zu klären. Er wurde belächelt, als er das Problem anfangs mit Bauklötzen darstellte, dann irritierte er, als er spontan bekanntgab, die Schweiz könne beim Lohnschutz flexibler sein. Nach dem Ende des Rahmenvertrags zeigte er sich zeitweise ohnmächtig: «Ich bin bereits der x-te Bundesrat, der sich damit beschäftigt. Es ist eine «never-ending story».» Je grö-



«Wo es Vertrauen gibt, ist alles möglich»: Ignazio Cassis am 4. Mai im Sicherheitsrat der Uno in New York.

DAVID DEE DELGADO / REUTERS

ser er das Problem machte, desto kleiner wurde seine Verantwortung.

In diesem Winter sah er aber wieder Chancen in Europa und blieb in seinem Departement, obwohl er hätte wechseln können. «Die Katerstimmung ist verfliegen», sagte Cassis im Dezember, er sah eine «positive Dynamik». Die Zuversicht hat inzwischen ein bundesrätlich festgelegtes Datum: Bis Ende Juni sollen die Eckwerte für neue Verhandlungen vorliegen.

Bei seinem Auftritt in Zürich verspricht Cassis, der Bundesrat werde sich nicht noch einmal «in eine Sackgasse manövrieren». Dass jetzt auch die Kantone neue Verhandlungen unterstütz-

ten, sei ein Game-Changer. Dass mit Livia Leu die zuständige Staatssekretärin zurückgetreten ist, bedauert er zwar, aber er will es auch nicht überbewerten: Sie sei nur ein Teil des Motors, «es hat noch vier andere Staatssekretärinnen in dem Motor.» Cassis fährt weiter: Der Ukraine-Krieg habe in Europa «eine andere Wahrnehmung der Schweiz ermöglicht» als fairer, solidarischer Partner. Man sei viel weiter gekommen, sagt Ignazio Cassis.

Am Ende des Abends ist sein Schicksal vollends an die Verhandlungen mit der Europäischen Union geknüpft, an die schwierigste Mission der politischen Schweiz. Er macht das nicht zum ersten

Mal. Wenn der grosse Coup gelänge, wäre er befreit. Oder?

Ignazio Cassis, 62, wurde als Gesundheitspolitiker in den Bundesrat gewählt und zum Aussenminister erkoren. Er ist der oberste Diplomat der Schweiz, der über sich sagt, er sei im doppelten Sinne «kein Diplomat». So war es oft in seinem Leben: Er ist der, der von aussen kommt. Er wuchs in einem Dorf in den Hügeln hinter Lugano auf und musste sich im clanhaften Lugano durchsetzen. Er war der Tessiner, der als Medizinstudent in Zürich gleich zwei Geheimnisse ergründen wollte: den menschlichen Körper und die Deutschschweiz.

Ignazio Cassis denkt nicht, wie es in der Mehrheitschweiz üblich ist, geradeaus. Er denkt in Kreisen – er spult Antworten nicht ab, er sucht sie.

Er denkt nicht, wie es in der Mehrheitschweiz üblich ist, geradeaus. Er denkt in Kreisen – er spult Antworten nicht ab, er sucht sie. In seinen Reden betont er gerne die innerschweizerischen Kulturunterschiede. Er ging ins Bundeshaus, wo er seinen Alltag in einer Fremdsprache absolvieren muss. Er kann hervorragend Deutsch, aber ganz verstanden fühlt er sich nicht. Lange war er der unbeliebteste Bundesrat. Seit sich dieser Ruf verfestigt hat, scheint er die grosse Befreiung noch stärker zu suchen.

Besonders gut war das im vergangenen Jahr zu beobachten, als er Bundespräsident war. Schon in seiner Neujahrsansprache sagte er: «Ein neues Jahr ist ein Geschenk.» Es klang, als spreche er zu sich selbst. Später sass er neben Alain Berset, lange der beliebteste Bundesrat, um mit ihm zusammen in der grossen Pressekonferenz die Pandemie zu beenden. Als der Krieg in der Ukraine begann, hätte erneut seine Zeit beginnen können. Aber in einer ersten Pressekonferenz liess er als Gesandter des Bundesrats die Öffentlichkeit nach ein paar Minuten mit ihren Fragen zurück. Am Sonntag danach wollte er seine Haltung zu den Sanktionen gegen Russland präzisieren, aber da war seine Parteifreundin Karin Keller-Sutter ihm bereits zuvorgekommen. Als er die Deutungshoheit über den Schweizer Standpunkt erlangen wollte und seine grosse Idee der «kooperativen Neutralität» lan-

cierte, liess der Bundesrat ihn auflaufen. So liess sich die Liste verlängern.

Es ist nicht fair, sogar seine Erfolge werden routiniert belächelt: Die Konferenz für den Wiederaufbau in der Ukraine, die er in Lugano ausrichtete, war eine gute Konferenz – auch wenn Wolodimir Selenski nicht vorbeikam, wie es sich Ignazio Cassis erhofft hatte.

Wo ist die eigene Stimme?

Im Bundeshaus schätzt man ihn als aufmerksamen Bundesrat. Um im nächsten Satz, zu seiner Aussenpolitik befragt, zu sagen: «Aber was will er eigentlich?» Er gilt als ein Mann, den die Sicherheit verlassen hat. In vielen Runden lässt Cassis alle möglichen Interessengruppen ihren Standpunkt zu Europa referieren – dann verlassen sie den Saal in dem Glauben, der Aussenminister habe gerade ihren Standpunkt sehr gut verstanden. Ignazio Cassis, wie er inmitten eines ewigen «sounding board» steht und sich irgendwann nicht mehr sicher ist, wie seine eigene Stimme klingt. So wird er in Bern charakterisiert.

Er ist ein ungewöhnlicher Bundesrat – er versucht Irritationen nicht unbedingt zu vermeiden, er glaubt an sie. Wer ihn einmal näher begleitet hat, vergisst die irritierten Gesichter seiner Berater nicht mehr, wenn Cassis vor einer Ansprache plötzlich entscheidet, er wolle die französische Version mit einem Schal und die deutschsprachige Version ohne Schal aufzeichnen. Im Nachhinein sagte Cassis: «Für mich ist es manchmal auch ein Spiel, meinen Leuten zu sagen: Hier ist ein Schal ein No-Go, dort ein Must. Ich liebe diese Vielfalt.» Er spielt das Spiel gerne, auch wenn nur er im Raum es versteht und wenn er nicht gewinnen kann. Und so wartet der Aussenminister, als sei er eine Figur aus Robert Musils Kakanien, auf den grossen Coup, der plötzlich alles heller leuchten lassen könnte – auch wenn stattdessen nur «Seinesgleichen geschieht».

Aus seinen Reden ist der Wunsch nach der Befreiung besonders gut herauszulesen. Als Ignazio Cassis kürzlich in New York vor dem Sicherheitsrat der Uno redete, stimmte der Rahmen: Auftritt in der Hauptstadt der Welt. In der Rede ging es um Frieden und Vertrauen. «Exzellenzen», sagte Cassis, «wo es Vertrauen gibt, ist alles möglich.» Er sagte, man müsse auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit Antworten aus dem 21. Jahrhundert reagieren. Es ging um alles: das historische Erbe und dauerhaften Frieden. Aber am Ende war nicht leicht zu verstehen, wie er mit seinen grossen Wörtern die Welt heilen wollte. Der grosse Coup war es wieder nicht. Noch nicht.

Die SVP setzt der UBS ein Ultimatum

Grossbank soll bis Mitte August zeigen, wie sie ihre «Hochrisiko-Teile» loswerden will

FABIAN SCHÄFER, BERN

Die grösste Partei setzt die grösste Bank unter grosstem Druck: Die SVP verlangt, dass die UBS innerhalb von nur drei Monaten gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegt. Die letzte verbliebene Grossbank der Schweiz soll bis Mitte August darlegen, welches die «Hochrisiko-Teile» ihrer weitverzweigten Aktivitäten im In- und Ausland sind. Und sie soll zugleich aufzeigen, mit welchen «konkreten Massnahmen» sie diese Risiken «loszuwerden gedenkt».

So steht es geschrieben im Entwurf eines Strategiepapiers, das die Bundeshausfraktion der SVP am Samstag in Solothurn verabschieden dürfte. Wesentlich ist, dass sich die Aufforderung nicht nur auf die offenkundig riskanten Aktivitäten der gescheiterten Credit Suisse bezieht, sondern auch die bisherige UBS einschliesst. Die Parteispitze nimmt explizit die entstehende neue Bank ins

Visier, die nach dem Zusammenschluss, der in wenigen Wochen vollzogen sein soll, schrittweise realisiert wird.

Geht es nach der SVP, muss die neue UBS mehrere Varianten für den Umgang mit ihren verschiedenen Risikoaktivitäten präsentieren. Die Erwartungen sind klar: Die neue Bank dürfe «kein so grosses volkswirtschaftliches Risiko mehr darstellen und keine so grossen Abhängigkeiten aufweisen, die ein Scheitern ausschliessen würden». Getreu der Devise, dass jedes Unternehmen «national und global konkursfähig» sein muss, wie dies die SVP formuliert.

Den Ball der Bank zuspiesen

Von einer «Exit-Strategie» spricht der Fraktionschef der SVP, Thomas Aeschi: «Wir möchten den Ball der UBS zuspiesen. Sie muss uns glaubwürdig aufzeigen, was sie unternimmt, um sicherzustellen, dass die Bank nie mehr vom Schweizer Steuerzahler gerettet werden muss.»

Dass diese Massnahmen möglicherweise zu Verlusten führen, zu tieferen Erträgen und Gewinnen, allenfalls auch zu einem Wegfall von Arbeitsplätzen, stellt Thomas Aeschi nicht in Abrede. Notfalls sei das in Kauf zu nehmen, um unkontrollierbare Risiken zu eliminieren. «Wir sprechen hier von einer Bank in einer Größenordnung, in der eine erneute Rettung die Schweizer Volkswirtschaft überfordern würde.»

Die Exit-Varianten, welche die UBS liefern soll, können aus Sicht der SVP als Basis für die geplante Reform der Grossbankenregulierung dienen. Dass das bestehende «Too big to fail»-Regime, das mit dem CS-Deal bereits beim ersten Härtetest versagt hat, reformiert werden muss, ist im Bundeshaus unbestritten. Ebenso klar ist, dass dies im Fall der anderen systemrelevanten Banken Raiffeisen, ZKB und Postfinance, die vorwiegend im Inland tätig sind, deutlich einfacher ist als bei der UBS. Hier dürfte sich die Frage stellen, wie rigoros

die Mehrheit im Parlament die neuen Auflagen ausgestalten will, um einerseits die Risiken zu reduzieren und andererseits die Bank nicht zu vergraulen oder ihr den Schnauf zu nehmen.

Massive Eingriffe denkbar

Die SVP gibt sich entschlossen. Glaubt man ihrem Strategiepapier, ist sie bereit, zum Äussersten zu gehen. Um sicherzustellen, dass nie mehr eine Bank gerettet werden muss, zieht sie radikale Eingriffe in Erwägung: Sollte das Ziel nicht anders erreichbar sein, will sie die UBS verpflichten, «ihre Struktur anzupassen und diejenigen Bankteile, die sie «too big to fail» machen, zu veräussern oder stillzulegen». Das hiesse, dass der Bund der Bank eine Schrumpfkur verschreiben und sie zum Rückzug aus unerwünschten Bereichen oder Märkten verpflichten würde. Eine Motion mit derselben Stossrichtung hat die SVP-Fraktion bereits deponiert.

Würde die Partei dazu tatsächlich Hand bieten? «Wenn die UBS für die Schweiz zu gefährlich wird, muss die Politik eingreifen, so ungeschön das auch sein mag», sagt der Fraktionschef Aeschi. Dass die UBS deswegen den Hauptsitz verlegen und das Land verlassen könnte, glaubt er nicht. Die Marke Schweiz sei im Private Banking nach wie vor viel zu stark, als dass sie aufgegeben werden könne.

Der Einfluss der SVP in dieser Frage ist beträchtlich. Gemeinsam mit der SP und den Grünen, die einer Verschärfung der Bankenregulierung von Haus aus offen gegenüberstehen, bringt sie im Nationalrat problemlos eine Mehrheit zustande. Das hat zum Beispiel ausgereicht, um im April in der Session zur Bankenkrise die Staatsgarantien für die Übernahme der CS durch die UBS zurückzuweisen. Um jedoch ein neues Regime für die letzte Grossbank einzuführen, benötigt die SVP auch Unterstützung aus bürgerlichen Parteien. Andernfalls wird der Ständerat auf die Bremse stehen.